Gesellschaftsvertrag Vierländerregion Bodensee GmbH

Präambel

Die Gesellschafter sind bestrebt, den durch sie repräsentierten Wirtschaftsraum durch gemeinsames Standortmarketing weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck wird die „Vierländerregion Bodensee GmbH“ gegründet. Die Gesellschaft soll nicht auf den Landkreis Konstanz beschränkt sein, sondern ist auf die grenzüberschreitende Erweiterung und die Aufnahme von Gesellschaftern aus der ganzen Bodensee-Region angelegt. Ziel ist es, gemeinsam mit den Landkreisen, großen Kreisstädten und größeren Kommunen der Vierländerregion Bodensee eine profilstarke, attraktive Einheit zu bilden, die auf internationaler Ebene wahrgenommen wird und im Wettbewerb der Regionen um Investoren, Unternehmen, Geschäftspartner, Kunden und Gäste konkurrenzfähig ist. Zu besserer Lesbarkeit wird in dem vorliegenden Gesellschaftsvertrag das generische Maskulin verwendet. Die hier verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter.

§ 1 Firma und Sitz

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet „Vierländerregion Bodensee GmbH“.
- (2) Der Sitz der Gesellschaft ist Konstanz.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist / sind
 - a) Die Pflege, Verwaltung und Markenmanagement der Regionenmarke Vierländerregion Bodensee,
 - b) Marketingaktivitäten für die Marke Vierländerregion Bodensee,
 - c) dem Wirtschaftsraum Vierländerregion ein gemeinsames Erscheinungsbild (corporate identity) zu geben.
- (2) Weiterhin kann die Vierländerregion Bodensee GmbH auch
 - a) die Attraktivität des Wirtschaftsraumes durch Öffentlichkeitsarbeit bekannt machen und die Standortvorteile der Region gezielt bei der Akquisition und Standortwerbung im In- und Ausland einsetzen und
 - b) durch geeignete Marketingaktivitäten die Entwicklung der beteiligten Gesellschafter fördern.
- (3) Die Gesellschaft ist befugt, alle Geschäfte zu betreiben, die ihrem Gesellschaftszweck im weitesten Sinne dienen.
- (4) Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

§ 3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

§ 4 Stammkapital

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 30.000,00 EUR (in Worten: dreißigtausend Euro). Nachschüsse sind nicht zu erbringen.
- (2) Das Stammkapital ist eingeteilt in 30.000 Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1 bis 30.000. Jeder Geschäftsanteil hat einen Nennbetrag von jeweils 1,00 EUR.
- (3) An diesem Stammkapital sind mit den nachfolgenden Einlagen beteiligt:
 - a) Landkreis Konstanz 10.000 EUR
 - b) Bodenseekreis 10.000 EUR
 - c) Landkreis Sigmaringen 10.000 EUR

§ 5 Erbringung der Stammeinlagen

Die Stammeinlagen sind bei der Gründung der Gesellschaft in Geld einzubezahlen.

§ 6 Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) die Geschäftsführung.

§ 7 Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Hat die Gesellschaft einen Geschäftsführer, so wird sie durch diesen allein vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird sie durch die Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.
- (3) Die Gesellschafterversammlung kann dem Geschäftsführer durch Beschluss von den Beschränkungen nach § 181 BGB befreien und Einzelvertretungsbefugnis erteilen.
- (4) Zu den Aufgaben der Geschäftsführung gehören alle Angelegenheiten der Gesellschaft, soweit nicht die Gesellschafterversammlung zuständig ist. Zu den Pflichten der Geschäftsführung gehören insbesondere die Erstellung des Jahresabschlusses mit Ergebnisverwendungsvorschlag und die Aufstellung eines jährlichen Wirtschaftsplans zur Vorlage an die Gesellschafterversammlung.

- (5) Die Geschäftsführung hat die Geschäfte der Gesellschaft selbstverantwortlich, sorgfältig und gewissenhaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages und der geltenden Geschäftsordnung der Geschäftsführung zu führen. Durch Gesellschafterbeschluss erteilte Weisungen sind zu beachten.

§ 8 Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschafter. Sie können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen.
- (2) Die Gesellschafterversammlung wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre.
- (3) Je 1,00 EUR Stammeinlage gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.
- (4) Die Gesellschafterversammlung tritt mindestens zweimal im Geschäftsjahr zusammen. Zudem ist eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn dies mit mindestens 1/3 der Stimmen der Gesellschafter unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes beantragt wird.
- (5) Die Gesellschafterversammlung wird vom Geschäftsführer schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung und der Sitzungsunterlagen einberufen. In dringenden Angelegenheiten kann auf die Einhaltung der Frist verzichtet werden. Gibt es mehrere Geschäftsführer, ist jeder Geschäftsführer allein einberufungsberechtigt. Die Sitzungsunterlagen sind den Beteiligungsverwaltungen parallel zuzusenden.
- (6) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte sämtlicher Stimmen vertreten ist.
- (7) Sie beschließt mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern dieser Vertrag oder das Gesetz nichts anderes bestimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (8) Bei Beschlussunfähigkeit der Gesellschafterversammlung kann der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter binnen einer Woche eine zweite Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen, in der die Gesellschafterversammlung unabhängig von der Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig ist.
- (9) Die Geschäftsführung nimmt – außer bei Tagesordnungspunkten, die Personalangelegenheiten der Mitglieder der Geschäftsführung betreffen – an den Gesellschafterversammlungen beratend teil. Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung oder, im Falle seiner Verhinderung, sein Stellvertreter, kann Fachkundige zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten hinzuziehen und ihnen im Einzelfall ein Teilnahme- und Rederecht erteilen.
- (10) Sitzungen der Gesellschafterversammlung finden grundsätzlich bei persönlicher Anwesenheit der Gesellschafter statt. Alternativ können diese auch online oder als Hybridsitzung abgehalten werden.

(11) Die Gesellschafter können Beschlüsse auch außerhalb von Gesellschafterversammlungen im Wege des Umlaufverfahrens schriftlich oder in elektronischer Form fassen, sofern die Gesellschafter diesem Verfahren zustimmen; hierauf ist in der Beschlussvorlage ausdrücklich hinzuweisen.

§ 9 Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr in diesem Vertrag zugeteilten sowie die ihr nach dem Gesetz obliegenden Angelegenheiten, insbesondere über

- a) die Festlegung der Aufgaben und die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes,
- b) den von der Geschäftsführung zu erstellenden Wirtschaftsplan,
- c) den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- d) die Errichtung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang der Gesellschaft wesentlich ist,
- e) die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung des Ergebnisses,
- f) die Entlastung der Geschäftsführung,
- g) die Abtretung und Teilung von Geschäftsanteilen, die Aufnahme neuer Gesellschafter und die Einziehung von Geschäftsanteilen,
- h) die Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals,
- i) die Änderung des Gesellschaftsvertrages,
- j) die Auflösung, Umwandlung oder Verschmelzung der Gesellschaft,
- k) die Wahl des Abschlussprüfers,
- l) die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung, den Abschluss, die Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge der Mitglieder der Geschäftsführung sowie über die Anstellungsbedingungen und die Zahl der Geschäftsführer,
- m) Rechtshandlungen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, und die Geschäftsordnung der Geschäftsführung,
- n) die Errichtung eines beratenden Beirats.

§ 10 Protokollierung

(1) In jeder Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll zu fertigen. Der Schriftführer wird durch den Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung bestimmt.

(2) Das Protokoll ist vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und vom Protokollanten zu unterzeichnen. Die Genehmigung des Protokolls erfolgt in der nächsten Gesellschafterversammlung.

(3) Jedem Gesellschafter ist zeitnah eine Abschrift des Protokolls zu übersenden.

§ 11 Zustimmungsbedürftige Geschäfte

Der Zustimmung durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bedürfen Geschäfte von wesentlicher Bedeutung, insbesondere

- a) Übernahme von Bürgschaften,
- b) Pensionszusagen und Beteiligung von Arbeitnehmern und Geschäftsführern an Gewinn oder Umsatz der Gesellschaft,
- c) Investitionen, Vertragsabschlüsse sowie Begründung und Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen, die die in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegten Wertgrenzen überschreiten,
- d) die Gewährung von Krediten und die Aufnahme von Darlehen außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs,
- e) die Aufnahme neuer und die Aufgabe bestehender Geschäftszweige und Tätigkeitsgebiete.

§ 12 Jahresabschluss

- (1) Der Jahresabschluss (Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) ist von der Geschäftsführung innerhalb der gesetzlichen Frist nach dem Ende eines jeden Geschäftsjahres nach den für große Kapitalgesellschaften gültigen Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen, prüfen zu lassen und unverzüglich den Gesellschaftern vorzulegen. Der Prüfauftrag ist auch auf die Aufgaben nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu erstrecken. Der Jahresabschluss ist in den ersten sechs Monaten des Folgejahres durch die Gesellschafterversammlung zu beschließen.
- (2) Die Geschäftsführung hat für die ortsübliche Bekanntmachung und die öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses in Abstimmungen mit den jeweiligen Beteiligungsverwaltungen gemäß §105 Abs.1 Gemeindeordnung zu sorgen.
- (3) Der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungsbehörde der Kommunen wird das Recht zur Prüfung nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 Gemeindeordnung eingeräumt. Darüber hinaus werden diesen sowie den Rechnungsprüfungsämtern bzw. den beauftragen Rechnungsprüfern der Gesellschafter die in § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.
- (4) Die Gesellschafterversammlung ist befugt, gemäß § 103 Abs. 1 GemO Befreiung von der Prüfungspflicht gemäß obenstehendem Abs. 1 zu beantragen.
- (5) Die Geschäftsführung stellt den Gesellschaftern auf Anforderung sämtliche Unterlagen zur Verfügung, die sie für ihre Aufgabenerfüllung benötigen. Dies gilt insbesondere für die für die Aufstellung des Gesamtabschlusses (§ 95a GemO) erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem von ihnen bestimmten Zeitpunkt.

§ 13 Wirtschaftsplan und Rechnungswesen

- (1) Für den Wirtschaftsplan und für die Finanzplanung sind die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften des Landes Baden-Württemberg (Gesetz über die Eigenbetriebe der Gemeinden) in

ihrer jeweils geltenden Fassung sinngemäß anzuwenden. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgsplan, den Liquiditätsplan mit Investitionsprogramm und die Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Die Geschäftsführung stellt so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan und die fünfjährige Finanzplanung auf, dass sie der Gesellschafterversammlung vor Beginn des Geschäftsjahres zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Der Wirtschaftsplan sowie die Finanzplanung sind den Beteiligungsverwaltungen gleichzeitig mit der Vorlage in der Gesellschafterversammlung zur Kenntnis zu übermitteln.

- (2) Die Gesellschaft hat die jeweils gültigen kommunalrechtlichen Regelungen zur Vergabe von Aufträgen, die für Unternehmen des privaten Rechts, an denen die kommunalen Gesellschafter unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, gelten, zu beachten.

§ 14 Veräußerung, Abtretung und Verpfändung von Geschäftsanteilen

- (1) Die Veräußerung und Abtretung von Geschäftsanteilen oder von Teilen eines Geschäftsanteils kann nur an Landkreise, große Kreisstädte und größeren Kommunen aus dem regionalen Wirkungsbereich erfolgen. Der regionale Wirkungsbereich ist die Vierländerregion Bodensee. Der Erwerber (Käufer oder Rechtsnachfolger) eines Geschäftsanteils muss fähig und bereit sein, die Gesellschaft und ihre Zwecke aktiv zu fördern.
- (2) Die Abtretung und Veräußerung von Geschäftsanteilen oder von Teilen eines Geschäftsanteils sowie der Beitritt neuer Gesellschafter bedürfen der Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung. Die Zustimmung muss einstimmig erfolgen. Bei der Genehmigung hat der abtretende oder veräußernde Gesellschafter kein Stimmrecht.
- (3) Ein zu veräußernder Geschäftsanteil ist immer allen verbleibenden Gesellschaftern in zu den in § 16 genannten Bedingungen anzubieten. Diese haben innerhalb eines Monats nach Eingang des Angebots zu erklären, ob sie das Angebot annehmen. Die Annahme kann nur erfolgen, wenn sämtliche verbleibenden Gesellschafter das Angebot annehmen.
- (4) Für sämtliche Gesellschafter besteht die Verpflichtung, bei Austritt von Gesellschaftern, die Anteile an die übrigen Gesellschafter zu übertragen. Bis zur Übertragung der Geschäftsanteile an neue oder bestehende Gesellschafter kann jeder Gesellschafter das Stimmrecht aus seinem Geschäftsanteil uneingeschränkt ausüben.
- (5) Die Geschäftsanteile dürfen nicht verpfändet oder mit Rechten anderer belastet werden.

§ 15 Kündigung

- (1) Jeder Gesellschafter kann seine Geschäftsanteile mit der Frist von 12 Monaten zum Ende des Geschäftsjahres kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- (2) Die Kündigung hat nicht die Auflösung der Gesellschaft zur Folge.

- (3) Gemäß § 14 Abs. 3 hat der ausscheidende Gesellschafter seine Geschäftsanteile allen verbleibenden Gesellschaftern anzubieten.

§ 16 Abfindung

In allen Fällen des Ausscheidens eines Gesellschafters ist dem betreffenden Gesellschafter durch den, der die Anteile übernimmt, eine Abfindung in Höhe des Nennbetrags des Geschäftsanteils abzgl. der zu diesem Zeitpunkt noch offenen Forderungen zu zahlen.

§ 17 Änderung des Gesellschaftsvertrages und Auflösung der Gesellschaft

- (1) Eine Änderung des Gesellschaftsvertrages bedarf der Mehrheit von 3/4 der Stimmen aller Gesellschafter.
- (2) Die Gesellschaft wird aufgelöst
- a) durch die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der Stimmen aller Gesellschafter,
 - b) durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens.
- (3) Bei Auflösung der Gesellschaft nach Abs. 2 lit. a ist der Buchwert (Nennbetrag zzgl. Anteile an Gewinn- und Verlustvortrag) an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Anteile zu erstatten.
- (4) Für die Abwicklung sind die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes maßgebend.

§ 18 Schlussbestimmung

- (1) Änderungen dieses Vertrages bedürfen der notariellen Beurkundung.
- (2) Sind Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages auslegungs- oder ergänzungsbedürftig, so hat die Auslegung oder Ergänzung in der Weise zu erfolgen, dass sie dem Inhalt und Zweck dieses Vertrages bestmöglich gerecht wird.
- (3) Sofern einzelne Vertragsbestimmungen oder Teile von Bestimmungen unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, so bleibt die Gültigkeit des übrigen Vertrags hiervon unberührt. Anstelle der weggefallenen oder undurchführbaren Regelung soll diejenige Regelung gelten, die die Gesellschafter bei Abschluss dieses Vertrags getroffen hätten, wenn sie die Auslegungs- oder Ergänzungsbedürftigkeit erkannt hätten.
- (4) Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus diesem Vertrag ist, soweit gesetzlich zulässig, der Sitz der Gesellschaft.

§ 19 Inkrafttreten

Der Gesellschaftsvertrag tritt mit Wirkung zum **dd.mm.2023** in Kraft.